

LAND TAGS KURIER



Seite 6:
Parlament verabschiedet
neuen Doppelhaushalt
für Sachsen



Seite 12:
Ehrenamtlich engagierte
Bürgerinnen und Bürger
im Landtag geehrt



Seite 18:
Auf Spurensuche bei den
14. Jugendgeschichtstagen
im Sächsischen Landtag

Ausgabe
9.18



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

Schulen, Hochschulen, Polizei, Justiz, Ämter und Behörden, Krankenhäuser, medizinische Versorgung, Museen, Theater, Büchereien, Verkehr und Straßenbau, Feuerwehren, Sportförderung, Denkmalpflege – die Liste der für uns im täglichen Leben wichtigen Einrichtungen ließe sich wohl endlos fortsetzen. Aber haben Sie sich schon einmal gefragt, wer für all das die politische Verantwortung trägt, wer dafür sorgt, dass die zum Betrieb nötigen Gelder fließen, dass Personal bereitsteht und Projekte finanziert werden?

Der Sächsische Landtag hat in den letzten Monaten und Wochen bewiesen, dass er zum Wohle des Landes und seiner Menschen handelt. Mit dem Doppelhaushalt 2019/2020 beschlossen die Abgeordneten die finanziellen Grundlagen für die Politik der kommenden beiden Jahre in unserem Freistaat Sachsen. Über Monate hinweg arbeiteten die Ausschüsse des Landtags an den Finanzplanungen, forchteten die Abgeordneten leidenschaftlich für ihre politischen Vorhaben. Sachverständige kamen zu Wort, externe Experten brachten ihre Vorschläge und Anmerkungen ein. Am Ende wurden von den Fraktionen rund tausend Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf der Staatsregierung gestellt. Bei aller Meinungsverschiedenheit im haushaltspolitischen Detail und bei aller fiskalpolitischen Kritik aus der einen oder anderen Richtung: Ein beschlossener Landeshaushalt ist ein parlamentarischer Erfolg. Vor allem aber steht er für selbstgemachte Politik in Sachsen.

Ich höre immer wieder, Landespolitik sei ohne Optionen, alles Wichtige werde doch ohnehin in Berlin und Brüssel entschieden. Ist das wirklich so? Sind die eingangs aufgezählten Bereiche nicht ganz zentral für unser Wohlbefinden und für ein gutes Leben? Wir sollten daher die gewichtige Rolle der Landespolitik nicht kleinreden. Die Regierungs- und Oppositionsfraktionen des Sächsischen Landtags leisten gute Arbeit. Allein im Jahr 2018 hat der Sächsische Landtag 40 Gesetzentwürfe in 2. Lesung behandelt und davon 23 beschlossen. Genauso wie die 147 Anträge oder die 3 386 Kleinen Anfragen an die Staatsregierung steht das für eine lebendige wie ergebnisreiche parlamentarische Demokratie in unserem Freistaat.

Matthias Röbler

Dr. Matthias Röbler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

84. Sitzung des Sächsischen Landtags
Mehr Geld für Sachsen
2. Beratung und Schlussabstimmung über den Haushaltsplan für 2019 und 2020 4

84. Sitzung des Sächsischen Landtags
Hintergrundinformationen zum Haushalt 2019 und 2020
Gesamtausgaben belaufen sich auf rund 41,2 Milliarden Euro für beide Jahre 6

83. Sitzung des Sächsischen Landtags
100 Jahre Frauenwahlrecht
CDU und SPD: Kampf um gleiche Rechte ist Auftrag für die Zukunft 7

83. Sitzung des Sächsischen Landtags
Dem Frieden dienen
DIE LINKE: Klare Absage an europäische Militärunion 8

85. Sitzung des Sächsischen Landtags
Hilfe für den sächsischen Wald
CDU und SPD: Wald- und Forstwirtschaft nach Dürre- und Sturmjahr unterstützen 9

85. Sitzung des Sächsischen Landtags
Klimaschutz und Strukturwandel
GRÜNE: Arbeit der Kohlekommission nicht länger sabotieren 10

AKTUELLES

Ein Dank an das Ehrenamt
Ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger im Landtag geehrt 12

Adventszeit im Sächsischen Landtag 14

Sächsischer Integrationspreis 2018 geht nach Chemnitz, Taucha und Dresden 15

Jährliche Kontakttreffen aller deutschen Vereinigungen ehemaliger Parlamentarier 16

JUGEND

Auf Spurensuche in Sachsen
Von den 14. Jugendgeschichteztagen 2018 18

Drei Gesetze in 25 Minuten
Juniordoktor im Sächsischen Landtag am 29. November 2018 20

GESCHICHTE

»Demokratie heißt das ganze Volk«
Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Sachsen Ende 1918 22

SERVICE

Weitere Informationen 24

// Titel: Die Weihnachtspyramide im Altbau des Landtags // Foto: S. Giersch

Doppelhaushalt
2019/2020
verabschiedet



Foto: S. Floss

// Die 84. Sitzung des Sächsischen Landtags am 12. und 13. Dezember 2018 hatte die 2. Beratung und die Schlussabstimmung über den sächsischen Landeshaushalt für die kommenden beiden Jahre zum Inhalt. Zuvor wurde in der 83. Sitzung am 11. Dezember 2018 anlässlich 100 Jahre Frauenwahlrecht über Gleichberechtigung debattiert sowie über die Idee einer europäischen Armee diskutiert. In der 85. Sitzung am 14. Dezember 2018 standen die sächsische Wald- und Forstwirtschaft sowie die sogenannte Kohlekommission im Zentrum der Aktuellen Debatten. //



Fotos: S. Giersch

Mehr Geld für Sachsen

2. Beratung und Schlussabstimmung über den Haushaltsplan für 2019 und 2020

Staatsregierung: Zukunftsprogramm für die sächsische Heimat

Ministerpräsident Michael Kretschmer sah Sachsen mit dem neuen Doppelhaushalt gut gerüstet für die Zukunft. Man schaffe damit die Basis für ein modernes, bürgernahes und wirtschaftlich starkes Land. Es sei ein Zukunftsprogramm für unsere sächsische Heimat. Dank einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung stünde mehr Geld denn je zur Verfügung, so Kretschmer. Der Haushalt ermögliche eine hohe Investitionsquote, bilde Rücklagen und tilge Schulden. Drei Prioritäten würden gesetzt: Zum einen gehe es um Zukunftsthemen wie etwa Bildung, Wissenschaft und Forschung, für die nun mehr Geld denn je aufgewandt werde. Zweiter Schwer-

// Auf der Tagesordnung der 84. Sitzung des Sächsischen Landtags am 12. und 13. Dezember 2018 standen die zweite Beratung und die Schlussabstimmung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2019 und 2020. Vor der Beschlussfassung zu den Einzelplänen ergriffen der Ministerpräsident und die Fraktionsvorsitzenden das Wort. Lesen Sie auch die Hintergrundinformationen auf Seite 6. //

punkt sei die Sicherheit. Polizei und Justiz würden gestärkt, die medizinische Versorgung ausgebaut. Beim dritten Schwerpunkt gehe es um Investitionen für die Heimat, etwa durch steigende Zuweisungen an die Kommunen.

DIE LINKE: Steuermilliarden rausgeworfen

Rico Gebhardt, DIE LINKE, hielt Michael Kretschmer vor, er werfe mit beiden Händen die Steuermilliarden raus, die seine Vorgänger in übertriebener Sparsamkeit angehäuften. In früheren Jahren hätte man vernünftig investieren müssen,

nun würden die Milliarden von der Staatsregierung lediglich dazu genutzt, um die selbst angerichteten Schäden in den Bereichen Polizei und Schule zu beseitigen. Sachsen, so Gebhardt, brauche eine andere Kultur der Verwaltung mit mehr Mut in der Entscheidung und weniger Bevormundung der kommunalen Ebene. Das Land benötige eine Ermöglichungshaltung und keine Verhinderungstaktik. Der Regierungskoalition fehle es trotz der üppig fließenden Steuermilliarden ganz offensichtlich an neuen Ideen und an Mut. Ein tragfähiger und zukunftsfähiger Plan für Sachsen sei nicht zu erkennen, ein sozialer roter Faden fehle.

CDU: Investition in Sachsen

Die Regierungsfaktionen hätten in diesem Haushalt klare Prioritäten bei Bildung, digitaler Wirtschaft, ländlichen Räumen und Sicherheit gesetzt, stellte Christian Hartmann, CDU, fest. Man schaffe so die Voraussetzungen für eine nachhaltige wie generationengerechte Entwicklung in Sachsen. Mit 41,2 Mrd. Euro setze dieser Haushalt eine neue Rekordmarke. Das allein sei aber nicht entscheidend und viel Geld auszugeben noch keine Politik. Schließlich hätten die Sächsinen und Sachsen ein Recht darauf, dass der Haushaltsgesetzgeber verantwortungsvoll mit ihren

Steuergeldern umgehe, betonte Hartmann. Als Regierungsfaktionen trage man die Verantwortung, dass es den Sachsen weiterhin gut gehe, dass sich Land und Wirtschaft entwickelten und der Freistaat ein Ort für Kunst, Kultur und Wissenschaft bleibe. Der Doppelhaushalt 2019/2020 sei eine Investition in die Zukunft Sachsens.

SPD: Der Staat ist zurück

Die Kernbotschaft des Haushalts, so Dirk Panter, SPD, laute: Der Staat ist zurück – und das ist gut so. Der Etat 2019/2020 sehe

AfD: Reparatur von Problemen

Jörg Urban, AfD, bemerkte, die Staatsregierung stelle mit dem Haushalt sehr viel Geld ins Schaufenster, repariere tatsächlich aber nur die von ihr selbst verursachten Probleme, wie den Personalmangel in den Bereichen Bildung, Polizei und Justiz oder die Vernachlässigung des ländlichen Raumes. Zusätzlich kämpfe man mit den Folgen der ebenfalls CDU-geführten Bundespolitik, konkret mit den Konsequenzen der illegalen Masseneinwanderung seit 2015, welche die schon vorher unterbesetzte

zu stellen, stattdessen stehe dieser Haushalt für ein »Weiter so!«. Es fehlten Lösungen für Zukunftsfragen wie Gleichstellung, Kinder- und Jugendarbeit, Arbeitskräftemangel, Mobilität, schnellere Integration, Wohnungsbau und Klimawandel. So helfe es nicht, in der Kohlekommission pauschal 60 Milliarden Euro zu fordern, wenn man keinen Plan habe, wofür genau man dieses Geld in der Lausitz brauche. Seine Fraktion, so Günther, habe eine Personaloffensive für die Verwaltung vorgeschlagen, denn die Menschen in Sachsen hätten einen handlungsfähigen Staat verdient.

Fraktionslose: Kein Grund zum Feiern

Dr. Frauke Petry, fraktionslos, bezeichnete die Entscheidung, einen Teil der Lehrer zu verbeamten, als größten Sündenfall des neuen Doppelhaushaltes. Das spalte die Lehrerkollegien und ändere nichts an der desolaten Lage. Ein vernünftiger ordnungspolitischer Kompass sehe anders aus. Man brauche in diesem Land nicht mehr, sondern weniger Beamte. Die steigenden Personalausgaben seien ein Haushaltsrisiko.



// Christian Hartmann

// Rico Gebhardt

// Dirk Panter

// Jörg Urban

// Wolfram Günther

// Dr. Frauke Petry

über drei Milliarden Euro höhere Ausgaben vor, als noch zu Beginn der Legislaturperiode veranschlagt worden seien. Diese mit dem Haushalt vorgenommene Ausgabensteigerung sei eine Notwendigkeit, um die Kürzungspolitik der schwarz-gelben Vorgängerregierung auszubessern. Heute arbeite in Sachsen eine Problemlöserkoalition. Im Vergleich zu 2014, so stellte Panter fest, sei Sachsen heute ein anderes Land. Man habe u. a. den Stellenabbau gestoppt, Sorge für mehr Stellen bei Polizei, Justiz und Schule, habe die Ganztagsangebote in den Schulen verdoppelt und verfüge über finanziell deutlich besser ausgestattete Städte und Gemeinden. Sachsen sei gut gerüstet für die Zukunft, weil man mutige politische Entscheidungen getroffen habe.

Polizei und Justiz nun vollends überfordere. Seine Fraktion, so Urban, wolle in diesem Bereich mit ihren Änderungsanträgen u. a. mehr Ausbildungsplätze für Polizeianwärter und eine Aufstockung der Sächsischen Sicherheitswacht erreichen. Auch wäre die teure Lehrerverbeamtung nicht zwingend notwendig gewesen, hätten die Vorschläge seiner Fraktion bereits 2016 Gehör gefunden.

GRÜNE: Haushalt ohne Plan

Einen Plan für Sachsen könne er im vorliegenden Haushalt nicht erkennen, bemerkte Wolfram Günther, GRÜNE. Vielmehr handele es sich um politische Reparatur- und Aufräumarbeiten. Man brauche aber ein Zukunftsbild für Sachsen, da das Land vor einer Zeit der Umbrüche stehe. Jetzt sei der Moment, um Weichen



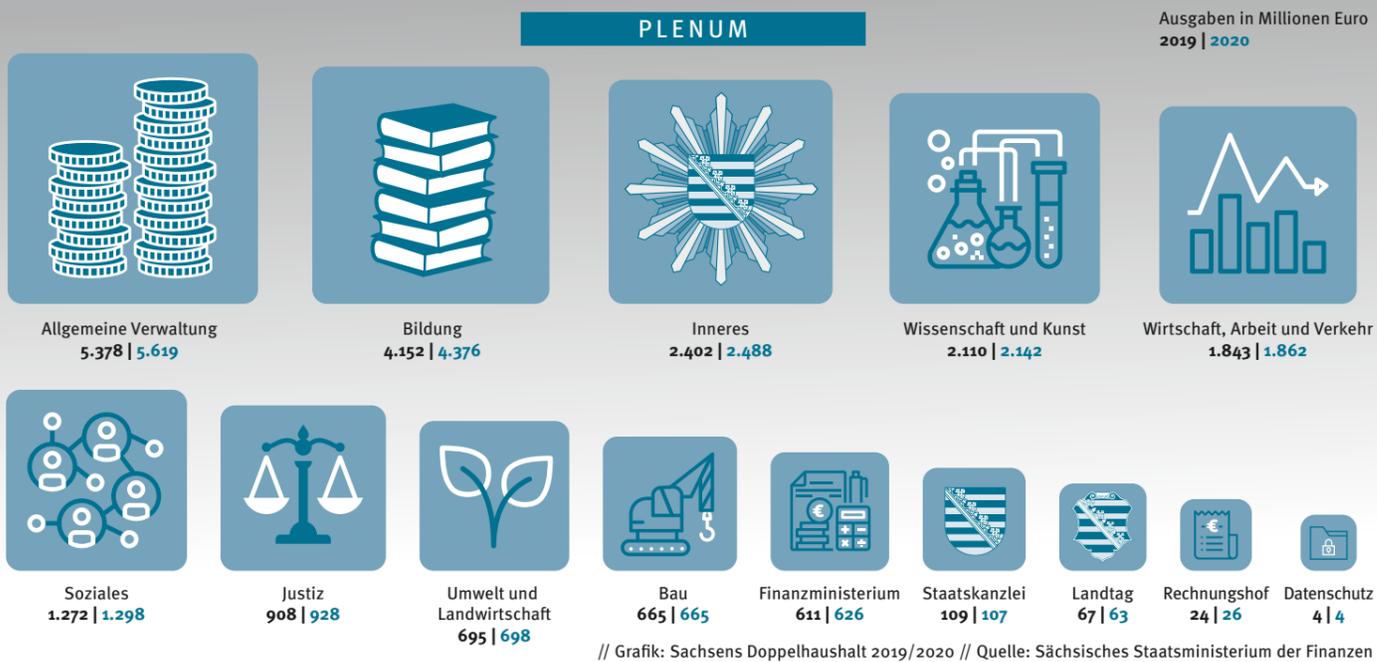
www.landtag.sachsen.de

Es ist ein
Zukunftsprogramm
für unsere
sächsische Heimat.

// Michael Kretschmer



84. Sitzung des Sächsischen Landtags



Hintergrundinformationen zum Haushalt 2019 und 2020

Gesamtausgaben belaufen sich auf rund 41,2 Milliarden Euro für beide Jahre

84. Sitzung des Sächsischen Landtags

Mit einem Gesamtvolumen von rund 41,2 Milliarden Euro wird im Freistaat Sachsen in den kommenden beiden Jahren mehr Geld denn je für Schulen, Hochschulen, Polizei, Justiz, Krankenhäuser, Museen, Theater, Verkehr und andere öffentliche Bereiche ausgegeben. Mit einer nach wie vor hohen Investitionsquote von 15 Prozent und einer Schuldentilgung in Höhe von jährlich 75 Millionen Euro führt der Freistaat Sachsen seine etablierte Haushaltspolitik fort. Schwerpunkte des neuen Doppelhaushalts sind Bildung, Innere Sicherheit und ländlicher Raum. Ein Drittel des Geldes geht an die Kommunen, ein Viertel wird für Landespersonal aufgewendet.

Der Bildungsbereich (Kultus) stellt mit rund 8,6 Milliarden Euro, 20 Prozent des Gesamthaushalts, den größten Einzeletat. Es soll deutlich mehr Geld für die Bezahlung der Lehrer, die Ausstattung von Schulen

// In seiner 84. Sitzung am 12. und 13. Dezember 2018 beriet der Sächsische Landtag abschließend den Doppelhaushalt für die Jahre 2019 und 2020 (siehe Beitrag auf den Seiten 4 und 5). Hier finden Sie einige Zahlen und Fakten. //

und die frühkindliche Bildung ausgegeben werden. Der Betrag umfasst das 1,7 Milliarden Euro teure Handlungsprogramm, mit dem u.a. neue Lehrer künftig verbeamtet werden sollen.

Der Etat des Innenministeriums ist mit fast 5 Milliarden Euro in den nächsten beiden Jahren das zweitgrößte Einzelbudget im neuen Doppelhaushalt. Neben mehr Geld für Ausrüstung, Fahrzeuge und Gebäude der Polizei werden in den nächsten Jahren vor allem 1000 neue Stellen für Polizisten geschaffen. Zudem wird die Sportförderung erhöht, ebenso wie die Pauschale für Übungsleiter.

Zur Finanzierung von Wissenschaft und Kunst beträgt der Etat im Jahr 2019 mit rund 2,11 Milliarden Euro erstmals über zwei Milliarden Euro.

2020 werden es sogar rund 2,14 Milliarden Euro sein. Der Großteil der Gelder, rund 1,5 Milliarden Euro pro Jahr, kommt dabei dem Hochschulbereich zugute. Mehr Geld gibt es u. a. für die Hochschulmedizin, für Studentenwerke und die Forschung. Zur Kulturförderung sind pro Jahr 245 Millionen Euro eingestellt, 28 Millionen Euro mehr als bisher.

Im Bereich Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sind Ausgaben in Höhe von insgesamt 3,7 Milliarden Euro geplant, darunter ein mit 700 Millionen Euro ausgestatteter Breitbandfonds, 276 Millionen Euro für den Ausbau und Erhalt der Staatsstraßen sowie 289 Millionen Euro für den kommunalen Straßenbau. Bus und Bahn lässt sich der Freistaat in den

kommenden beiden Jahren über 1,4 Milliarden Euro kosten.

Für Soziales und Gesundheit sollen in den kommenden beiden Jahren 2,6 Milliarden Euro ausgegeben werden, wobei die Ausgaben für Schulsozialarbeit verdoppelt werden und 328 Millionen Euro für Investitionen in Krankenhäuser (einschließlich Telemedizin und Digitalisierung) bereitstehen. Im Bereich Umwelt und Landwirtschaft sind mehr als 350 Millionen Euro für den Hochwasserschutz eingeplant sowie fast 300 Millionen Euro zur Förderung des ländlichen Raums.

Ausführliche Informationen zum sächsischen Staatshaushalt:

www.finanzen.sachsen.de/der-saechsische-staatshaushalt-3956.html



Dr. Thomas Schubert

Am 11. Dezember 2018 kam der Sächsische Landtag zu seiner 83. Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand auf Antrag der Fraktionen CDU und SPD eine Aktuelle Debatte zum Thema »100 Jahre Frauenwahlrecht. Der lange Kampf um gleiche Rechte – Auftrag für die Zukunft«.

// Daniela Kuge und Christine Clauß // Foto: S. Floss

83. Sitzung des Sächsischen Landtags

100 Jahre Frauenwahlrecht

CDU und SPD: Kampf um gleiche Rechte ist Auftrag für die Zukunft

Zu Beginn der Debatte erinnerte Daniela Kuge, CDU, an die mutigen Frauen, die vor 100 Jahren das Frauenwahlrecht erkämpft hätten. Dies sei Ausgangspunkt der Gleichberechtigung in Politik und Gesellschaft gewesen. Dabei gebe es unverändert viel zu tun für eine gelebte Gleichberechtigung. Sie wünsche sich mehr weibliche Abgeordnete, und auch in der Wirtschaft bedürfe es besserer Rahmenbedingungen für Gleichstellung. Hier würden bei gleicher Ausbildung oft Männer bevorzugt.

An Gleichstellung im Alltag arbeiten

Iris Raether-Lordieck, SPD, stellte klar, dass gleiche Rechte auf dem Papier nicht ausreichen. Gleichstellung müsse im wohlgemeinten Zusammenwirken aller Geschlechter geschehen, um im Alltagsleben anzukommen. Daran sei zu arbeiten. Im Deutschen Bundestag liege der Frauenanteil gerade einmal bei 30 Prozent. In vielen Ländern lasse sich zudem eine Rückkehr tradierter Rollen- und Familienbilder

beobachten, was zeige, dass einmal Erämpftes auch wieder verloren gehen könne.

Nach 100 Jahren seien Frauen in der Politik nicht mehr die Ausnahme, wohl aber längst noch nicht die Regel, bemerkte Sarah Buddeberg, DIE LINKE. Bis heute habe es noch kein Parlament gegeben, das paritätisch mit Frauen und Männern besetzt gewesen sei, geschweige denn überwiegend mit Frauen. Die Frauenpräsenz in der Politik sei nur wegen der selbstverpflichtenden Quotierung einiger Parteien angestiegen. Und trotzdem erlebe man aktuell Stagnation und Rückgang.

Quotierung ja oder nein?

Man solle sich weniger Gedanken um die Quotierung machen, als vielmehr darüber, wie die Kellnerin abends auf ihrem Weg nach Hause unbehelligt bleibe, forderte Karin Wilke, AfD. Hier erlebe man einen Roll-back. Frauen trauten sich nachts nicht mehr allein auf die Straße. Daneben sei gerade für erwerbstätige Frauen die Entscheidung für Kinder noch

immer ein wesentliches Diskriminierungsmerkmal, was insbesondere an der staatlichen Benachteiligung von Familien liege.

Quoten ermöglichten fähigen Frauen das, was ihnen veraltete Rollenbilder und Ellenbogenmentalität verwehrten, gab Katja Meier, GRÜNE, zu bedenken. Der Einzug ihrer Partei in die Parlamente habe dort den Frauenanteil erhöht. Dass im kommenden Sächsischen Landtag wohl weniger Frauen vertreten sein würden, zeuge von einem erheblichen Demokratiedefizit. Es brauche in den Parteien endlich die Rahmenbedingungen, die Frauen den Zugang zu den Parlamenten erleichtern.

Petra Köpping, Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, sah bei diesem Thema unverändert Aufholbedarf. Nach wie vor werde die Arbeit von Frauen schnell disqualifiziert und diskriminiert, gerade in der Politik, aber auch in den Verwaltungen oder der Wirtschaft. Erforderlich sei deshalb ein modernes Gleichstellungsgesetz für Sachsen, das Parität ermögliche. Frauen bräuchten insbesondere Teilhabe in Entscheidungsgremien und müssten in Führungspositionen gelangen können.



Dem Frieden dienen

Dr. Thomas Schubert

DIE LINKE: Klare Absage an europäische Militärunion

// Enrico Stange // Foto: S. Floss

83. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Die zweite Aktuelle Debatte in der 83. Sitzung des Sächsischen Landtags am 11. Dezember 2018 hatte die Fraktion DIE LINKE zum Thema »Sachsen: vom Willen geleitet, dem Frieden zu dienen – Plänen für eine europäische Militärunion eine klare Absage erteilen!« angemeldet. Hintergrund war die vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron jüngst geäußerte Idee einer »echten europäischen Armee«, der sich Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Rede vor dem Europäischen Parlament angeschlossen hatte. //

Eine gemeinsame europäische Armee, so Enrico Stange, DIE LINKE, dürfe nicht als zusätzliche europäische Streitmacht gestaltet sein, sondern könne nur an die Stelle der nationalen Streitkräfte treten. Ferner müsse eine solche Armee der Kontrolle des Europäischen Parlaments unterstellt werden. Zudem richte sich der von Emmanuel Macron unterbreitete Vorschlag einer europäischen Armee in der Diktion gegen eine Partnerschaft mit Russland, anstatt auf kooperative Beziehungen zu setzen.

Verteidigungspolitik sei Bundespolitik, bemerkte Dr. Stephan Meyer, CDU. Er frage sich deshalb, was dieses Thema überhaupt im Sächsischen Landtag zu suchen habe. Verteidigungspolitik müsse auf europäischer Ebene ernst genommen werden. Die EU müsse hier stärker gemeinsam auftreten und ihre Verteidigungsausgaben den Erfordernissen anpassen. Zudem sei Kooperation wichtig,

man brauche mehr gemeinsame Projekte und mehr Effizienz bei der Ausstattung mit Waffensystemen.

Bedrohungen sind Realität

Schön wäre es, wenn wir auf Militär verzichten könnten, hob Harald Baumann-Hasske, SPD, an, gleichwohl halte die weltweite Realität zahlreiche Bedrohungen bereit, denen man sich stellen müsse. Es bedürfe in Europa intelligenter sicherheitspolitischer Lösungen, wobei eine europäische Armee ein interessantes Instrument sein könne, um den militärischen Bedarf zu rationalisieren. Zudem gewinne Europa mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik international an Gewicht.

Das Plädoyer des französischen Präsidenten Emmanuel Macron für eine wahre europäische Armee schaffe kein Vertrauen in der Welt, sondern schade dem friedlichen Miteinander und habe Potenzial für einen

neuen Kalten Krieg, bekundete André Wendt, AfD. Obwohl ihr Projekt der Vereinigten Staaten von Europa gescheitert sei, trieben CDU und SPD weitere Projekte wie die Sozialunion oder eine europäische Armee voran, um den Staaten die letzte Souveränität zu nehmen.

Frieden ist keine Selbstverständlichkeit

Franziska Schubert, GRÜNE, verwies auf den Maastrichter Vertrag sowie auf den Vertrag von Lissabon, die in der EU neben einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eine Ständige Strukturierte Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik vorsähen. Von der Bildung einer europäischen Armee sei man aber noch weit entfernt, es fehlten noch immer entscheidende Voraussetzungen wie etwa der Parlamentsvorbehalt. Ziel müsse sein, die Rüstungsausgaben in Europa zu senken.

Prof. Dr. Roland Wöllner, Staatsminister des Innern, erinnerte daran, dass Frieden in Europa keine Selbstverständlichkeit sei, wie der schwelende Konflikt zwischen der Ukraine und Russland zeige. Weltweit nähmen Spannung und Konflikte wieder zu. Es sei deshalb die Aufgabe der Europäer, den Frieden mit einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu bewahren, nicht außerhalb der NATO, sondern unverändert als europäischer Pfeiler in der transatlantischen Allianz.



Dr. Thomas Schubert

Hilfe für den sächsischen Wald

CDU und SPD: Wald- und Forstwirtschaft nach Dürre- und Sturmjahr unterstützen

// Georg-Ludwig von Breitenbuch // Foto: S. Floss

85. Sitzung des Sächsischen Landtags

Man erlebe eine Katastrophe im sächsischen Wald und habe darauf im Haushalt mit 40 Millionen Euro reagiert, bemerkte Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU. Das Jahr 2018 werde mit Sturm, Dürre und Borkenkäfern in die Geschichte eingehen. Die Schäden seien groß. Höhere Kosten und niedrigere Erlöse sorgten bei den Forstbetrieben für wirtschaftliche Ausfälle. Hinzu komme die teure Beräumung des Schadholzes, die besonders in den Kleinprivatwäldern nur schleppend vorangehe.

Stürme, Trockenheit und Borkenkäfer hätten Sachsens Wäldern 2018 zugesetzt wie noch nie, stellte auch Volkmar Winkler, SPD, fest. Allein der geschätzte Schaden durch die Stürme belaufe sich auf etwa 80 Millionen Euro. Da sei es logisch, dass die Koalition den Waldbesitzern im eben beschlossenen Haushalt unter die Arme greife. Zudem müsse der Waldbau hin zu robusteren Mischwäldern weitergehen und finanziell gefördert werden, um sich gegen solche Extremereignisse zu wappnen.

// Mit der Aktuellen Debatte zum Thema »Unterstützung für die Wald- und Forstwirtschaft – Umgang mit den Folgen des Dürre- und Sturmjahres 2018 im sächsischen Wald« der Fraktionen CDU und SPD begann die 85. Sitzung des Sächsischen Landtags am 14. Dezember 2018. //

Aktiver Klimaschutz nötig

Die Debatte, so Dr. Jana Pinka, DIE LINKE, habe keinen Neuigkeitswert mehr, da sich die Haushaltsberatung der vergangenen Tage bereits diesem Thema gewidmet habe. Der Haushaltsentwurf sei entsprechend angepasst worden und DIE LINKE habe sich dem nicht entzogen. Viel wichtiger sei nun eine Debatte über den vom Menschen verursachten Klimawandel, der häufigere Extremwetterereignisse nach sich ziehe. Nötig sei ein aktiver Klimaschutz, nicht passive Klimaanpassung.

Es sei richtig, so André Barth, AfD, dass der Waldbestand langfristig umgebaut werden solle, weg von der Monokultur Fichte. Hier müsse man zu einer vernünftigen Nachhaltigkeitsstrategie kommen. Ebenso sei es gut, dass das vom Landtag

beschlossene Sondervermögen neben dem Staatsbetrieb Sachsenforst auch private Waldbesitzer entschädige. Dabei hätte es das Sondervermögen für den Sachsenforst nicht gebraucht, wenn Rücklagen aus früheren Gewinnen zur Verfügung stünden.

Gesunde Mischwälder schaffen

Die Ursache für die Extremwetterereignisse sei der weithin menschengemachte Klimawandel, betonte Wolfram Günther, GRÜNE. Hohe Kohlendioxid-Emissionen aus der Braunkohleverstromung und die industrialisierte Landwirtschaft trügen dazu bei. Nötig sei es, beim Klimaschutz seine Hausaufgaben zu machen, damit sich die Klimakrise nicht verschärfe. Zudem müsse man beim Waldbau noch viel mehr Energie ent-

wickeln und gesunde Mischwälder schaffen, die widerstandsfähiger seien.

Das Jahr 2018 sei das schwierigste Jahr für Sachsens Wälder und die Forstwirtschaft seit 1990, machte Thomas Schmidt, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft, deutlich. Der Freistaat werde die Waldbesitzer bei diesen enormen Herausforderungen nicht im Stich lassen. Sein Ministerium ergreife Maßnahmen zur Unterstützung der kommunalen, kirchlichen und privaten Waldbesitzer. So seien Ausnahmeregelungen erwirkt und Krisenstäbe in den Landkreisen gebildet worden.



www.landtag.sachsen.de



85. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Dr. Gerd Lippold // Foto: S. Floss

Klimaschutz und Strukturwandel

GRÜNE: Arbeit der Kohlekommission nicht länger sabotieren

// Das Thema der zweiten Aktuellen Debatte in der 85. Sitzung des Sächsischen Landtags am 14. November 2018 lautete: »Blockade gegen Klimaschutz und Strukturwandel – Arbeit der Kohlekommission nicht länger sabotieren«. Sie war beantragt von der Fraktion GRÜNE. Die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (Kohlekommission) wurde am 6. Juni 2018 von der Bundesregierung eingesetzt, um Maßnahmen zur strukturpolitischen Entwicklung der Braunkohleregionen zu erarbeiten. //

Dr. Thomas Schubert

Jobs und Ausstieg

Der sächsische Ministerpräsident, so Dr. Gerd Lippold, GRÜNE, riskiere zusammen mit seinen Kollegen aus Sachsen-Anhalt und Brandenburg durch die von ihnen ausgelöste Unterbrechung der Kommissionsarbeit die Gefahr eines unabgedeckten Kohleausstiegs in der Lausitz und in Mitteldeutschland. Durch seine Sabotage an der Kommissionsarbeit riskiere er ferner, am Ende mit leeren Händen vor die Menschen treten zu müssen und die Kommission in ihrer Arbeitsfähigkeit zu beschädigen.

Ministerpräsident Michael Kretschmer bekräftigte die Forderung nach verbindlichen Zusagen des Bundes für den anstehenden Strukturwandel in den Braunkohleregionen. Zuerst gehe es um den Aufbau neuer Beschäftigungsverhältnisse, dann folge der Ausstieg aus der Braunkohle. Die Kommission habe zu wenig über Maßnahmen zur Strukturentwicklung diskutiert. Das zu kritisieren sei keine Blockade. Er wolle den Strukturwandel in der Lausitz und in Mitteldeutschland zum Erfolg machen.

Man stehe hinter der Haltung des Ministerpräsidenten, unterstrich Lars Rohwer, CDU. Seiner Fraktion gehe es um die Menschen im Land. Dabei gelte: erst Jobs, dann Ausstieg. Man baue keine Blockade gegen Klimaschutz und Strukturwandel auf. Im Gegenteil, bei der Kommission stünden Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung im Zentrum. Das alles unterstütze die CDU-Fraktion ebenso wie den Weg der Staatsregierung hin zu einer verlässlichen Finanzierung.

Sachsens Ministerpräsident wolle erst einen fürstlich bezahlten Strukturwandel und dann den Ausstieg aus der Braunkohleerzeugung, betonte Dr. Jana Pinka, DIE LINKE. Er pflege einen Innenblick, der andere Probleme ignoriere. Die Probleme, die in der Lausitz existierten, habe er überhaupt nicht erkannt und könne sie so auch nicht bewältigen. Sachsen brauche einen ordentlichen Plan, ein Szenario für den Strukturwandel und den Kohleausstieg. Man könne nicht nur Geld fordern.

Name ist Programm

Für Thomas Baum, SPD, bestand kein Zweifel daran, dass der Name der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung auch Programm sei. Einigen, darunter den GRÜNEN, gehe es nur um den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kohle. Sie ignorierten dabei die Sicherstellung einer langfristigen und nachhaltigen Strukturentwicklung in den Kohleregionen. Seiner Fraktion gehe es primär um Wachstum und Beschäftigung, um den Erhalt und die Schaffung von guter Arbeit.

Die Realität, so Jörg Urban, AfD, lasse sich nicht einer grünen Ideologie anpassen. Viel Geld sei bei dem gescheiterten Versuch der Bundesregierung verschleudert worden, die Emissionsziele bis 2020 zu erreichen. Im Ergebnis seien heute die Strompreise in Deutschland doppelt so hoch wie in den Nachbarländern. Der Kohleausstieg sei ein wirtschaftliches Desaster für die betroffenen Regionen und die Kommission diene lediglich als Feigenblatt für eine völlig verfehlte Energiepolitik.

Würdigung von Ehrenamt und Integration



Foto: H. Hells

// Am 15. Dezember 2018 fand im Sächsischen Landtag ein Festakt statt, bei dem Sachsens Sozialministerin Barbara Klepsch und Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler über 50 ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger auszeichneten. Bereits am 16. November 2018 wurde der Sächsische Integrationspreis durch die Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping, und den Sächsischen Ausländerbeauftragten, Geert Mackenroth, an drei Initiativen aus Chemnitz, Taucha und Dresden verliehen. //



AKTUELLES

Fotos: S. Reichhold

Ein Dank an das Ehrenamt

Ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger im Landtag geehrt

// Bei einem Festakt im Sächsischen Landtag am 15. Dezember 2018 zeichneten Sozialministerin Barbara Klepsch und Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller gemeinsam über 50 Bürgerinnen und Bürger aus dem gesamten Freistaat Sachsen für ihr ehrenamtliches Engagement aus. //

Dr. Thomas Schubert



AKTUELLES

Sie erkunden Heimatgeschichte und bewahren das Brauchtum, helfen freiwillig in der Altenpflege und begleiten Senioren im Alltag, leiten einen Chor oder ein Orchester, betreuen Selbsthilfegruppen, Obdachlose oder Flüchtlingskinder, organisieren Sportveranstaltungen oder retten als Mitglied der Bergwacht Menschen. Unzählige Bürgerinnen und Bürger leisten jeden Tag in ihrem Ehrenamt Großartiges.

Leistungen für die Gesellschaft würdigen

»Das Ehrenamt ist ein hohes Gut, das mir sehr am Herzen liegt«, begrüßte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller die Anwesenden. Bei einer Aufgabe nicht zuerst zu fragen, was einem das bringe oder nütze, sondern sich einfach einzubringen und sich im besten Wortsinn nützlich zu machen, das sei heute ein kaum zu überschätzendes Gut. »Das Ehrenamt ist Vorbild für das, was ich als das gute Zusammenleben bezeichnen würde. Es geht um Geben und Nehmen. Es geht um die gesunde Mischung zwischen eigenen Bedürfnissen und dem Engagement, sich mit seinen persönlichen Stärken einzubringen, um dadurch etwaige Schwächen und Bedürfnisse beim Anderen auszugleichen«, gab Dr. Röbller zu bedenken. Umso wichtiger sei es, solche Leistungen für die Gesellschaft zu würdigen.



// Als symbolische Zeichen des Dankes überreichten der Landtagspräsident und die Staatsministerin allen Geehrten eine Urkunde und eine Rose. Dr. Heidi Kühn (Bildmitte) setzt sich in Leipzig seit 15 Jahren für die Belange von Obdachlosen ein.

Ehrenamt macht Sachsen stark

»Ihr Ehrenamt macht unser Sachsen stark. Ihr Engagement ist der Beleg dafür, dass unser Gemeinwesen lebendig ist. Sie gestalten mit Ihrem Engagement unsere Welt mit, verbessern, verändern und prägen sie. Ehrenamtliches Engagement ist eine der wichtigsten Grundlagen unseres Zusammenlebens überhaupt«, betonte Sozialministerin Barbara Klepsch. Sie würdigte den freiwilligen Einsatz der Ehrenamtlichen als Bereicherung für die Gesellschaft: Ob es zum Beispiel um die Sanierung von denkmalgeschützten Gebäuden gehe, um die Belange von Obdachlosen oder die unterstützende Arbeit im Mehrgenerationenhaus

oder bei der Katastrophenhilfe, ehrenamtliches Engagement durchdringe alle Bereiche der Gesellschaft.

Hinweis

40 Prozent aller Sachsen über 14 Jahren engagieren sich ehrenamtlich. Mehr Informationen über freiwilliges Engagement im Freistaat gibt es unter:

www.ehrenamt.sachsen.de



Adventszeit im Sächsischen Landtag

// Weihnachten ist bekanntlich »das schönste Fest«, wie Theodor Fontane es einst genannt hat. Besonders die Adventszeit lädt trotz des ganzen Trubels, der die Menschen am Ende eines jeden Jahres immer wieder fest im Griff hat, auch zur Gemütlichkeit ein. Das war im Sächsischen Landtag nicht anders. Während auf allen Ebenen straff am Doppelhaushalt 2019/2020 gearbeitet wurde, den die Abgeordneten Mitte Dezember im Plenum diskutierten und verabschiedeten, herrschte im Landtagsgebäude vorweihnachtliche Stimmung. //

Erzgebirgische Weihnachtspyramide im Altbaufoyer

Pünktlich zum ersten Adventswochenende erstrahlte eine Holzpyramide aus dem Erzgebirge in ihrem ganzen Glanz. Die 4,5 Meter hohe Stufenpyramide wurde 2018 von einem sächsischen Handwerksbetrieb in Raschau-Markersbach gefertigt. Ihr Durchmesser am Sockel beträgt ganze 2,2 Meter, auf drei Etagen stehen individuell gestaltete Figuren. Am 30. November 2018 fand das sogenannte »Anschieben« der Weihnachtspyramide mit Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler und dem Chor der Historischen Freiberger Berg- und Hüttenknappschaft statt.



Foto: S. Dittrich

Weihnachtsbaum im Bürgerfoyer

»Von drauß' vom Walde komm' ich her; ich muss euch sagen, es weihnachtet sehr!« Theodor Storm meinte zwar Knecht Ruprecht, der da zu den Kindern sprach, aber die Zeile passt auch zu der Nordmantanne, die am 7. Dezember 2018 ihren Weg aus dem vogtländischen Wald ins Bürgerfoyer des Landtags fand. Im Beisein von Abgeordneten, Mitarbeitern und dem Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt und Landwirtschaft, Sebastian Fischer, übergaben Vertreter des Sächsischen Waldbesitzerverbands den offiziellen Weihnachtsbaum für den Landtag.

Abgeordnete machen Weihnachtsmusik

Ein mittlerweile guter Brauch ist das Weihnachtssingen der Abgeordneten. Fraktionsübergreifend sangen sie am Rande der Plenarsitzung Weihnachtslieder wie »Alle

Jahre wieder« oder »Fröhliche Weihnacht überall!«. Die Abgeordneten Lothar Bienst, Robert Clemen, Martin Dulig und Octavian Ursu spielten dabei Trompete und Posaune. Parallel luden die Vertreter des Stollenverbands Erzgebirge zur Verkostung ein. Ebenso zu Gast waren in der Plenarwoche die Kinder und Jugendlichen des Jugendblasorchesters Bernsdorf e.V., die mit ihrem Weihnachtskonzert den Besuch des 24. Dresdner Stollenmädchens, Lina Trepte, begleiteten.



Foto: S. Dittrich



Foto: S. Dittrich



Foto: SLT

Sächsischer Integrationspreis 2018 geht nach Chemnitz, Taucha und Dresden



// Zum 9. Mal in Folge wurde im Freistaat Sachsen hervorragendes Engagement im Bereich Integration ausgezeichnet. Die Preise gingen an eine Einmantschlerei, die Chancen gibt, eine Kirchengemeinde, die zum Zeittauschen animiert, und einen Jugendtreff, der Heimat bietet. //

Für den Sächsischen Integrationspreis hatten sich 78 Vereine, Verbände, Initiativen und Unternehmen beworben. Die beiden Stifter Petra Köpping, die Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, und Geert Mackenroth, der Sächsische Ausländerbeauftragte, freuten sich über den erneuten Zuwachs. Die Initiativen, Vereine und Unternehmen, die sich in den vergangenen zwölf Monaten besonders für die Integration von Migrantinnen und Migranten in die Gesellschaft einsetzten und diese fördern, arbeiten professioneller und zielgerichteter.

Eine sechsköpfige Jury ermittelte die Preisträger, die mit drei Preisen zu je 3.000 Euro geehrt wurden. Zur Preisverleihung am 16. November 2018 wurden alle vorgeschlagenen Initiativen und Vereine eingeladen, um ihr Engagement zu würdigen und sichtbar zu machen. Alle werden in einer Broschüre vorgestellt und erhalten Roll-Ups zur Eigenwerbung.



Fotos: H. Helis



Preisträger 2018

Die kleine Tischlerei von Sebastian Schulz bot 2017 und 2018 insgesamt elf Personen aus fünf verschiedenen Nationen Praktikumsmöglichkeiten. Schulz gibt auch Arbeitslosen oder Benachteiligten die Chance, sich im Holzhandwerk auszuprobieren. Ihm kommt es auf eine menschliche Atmosphäre an. Auch die Jury befand, dass Schulz mithilfe, Menschen in Arbeit zu bringen, und er ihnen so ermöglicht, sich ihre Zukunft zu organisieren.

In der Zeittauschbörse Taucha der Ev.-Luth. Kirchengemeinde stehen organisierte Nachbarschaftshilfe und soziale Teilhabe für Deutsche und Flüchtlinge ganz oben. Angestrebt werden das Prinzip der Gegenseitigkeit und die Befähigung zur Selbsthilfe. Es gibt zehn Patenschaften für Flüchtlinge, wöchentlich einen Handarbeitskurs, eine Fahrrad-Selbsthilfewerkstatt und Begegnungsangebote. Deutsch wird dreimal pro Woche gelehrt. Der Jury gefiel besonders, dass Flüchtlinge nicht nur als Empfänger von Unterstützung gesehen werden, sondern grundsätzlich aufgefördert sind, sich mit ihren Möglichkeiten aktiv einzubringen.

Beim dritten Preisträger, dem SPIKE Dresden, würdigte die Jury das Ziel, jungen Menschen einen festen Anlaufpunkt und Struktur zu bieten. Seit 2015 gibt es den Treff mit Lernraum und gemeinsamen Aktionen für Geflüchtete und Jugendliche aus dem gesamten Stadtgebiet. Zudem werden Geflüchtete beraten und begleitet. Sieben Ehrenamtliche betreuen etwa 30 bis 40 Geflüchtete, vor allem aus Eritrea. SPIKE bietet mehrmals pro Woche Sicherheit, Struktur und Heimat. Neben Deutschkursen gibt es Kochabende, bei denen der Name Programm ist: Connecting People.



Dr. Michael Lersow / Uta Windisch

Jährliche Kontakttreffen aller deutschen Vereinigungen ehemaliger Parlamentarier

// 1. Kontakttreffen im Juni 2008; vorn 2. von links: Ute Georgi (†, ehemalige Präsidentin und Ehrenpräsidentin); 4. von links: Gerda Hasselfeldt (ehemalige Bundestagsvizepräsidentin) // Quelle: VeMdB e.V.

// Die Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Sächsischen Landtags (VeMdl) wurde 1994 ins Leben gerufen, um das Miteinander zu pflegen und die kollektiven und individuellen Kenntnisse der Entwicklung des demokratischen Gemeinwesens im Freistaat Sachsen zur Verfügung zu stellen. //

Als am 20. Juni 2008 das erste Kontakttreffen der Vereinigungen der ehemaligen Abgeordneten der deutschen Parlamente und des EU-Parlaments auf Einladung der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments (VeMdB) e.V. in Berlin stattfand, hatte wohl niemand die folgende Entwicklung im Blick. Am ersten Kontakttreffen nahmen Vertreter der Präsidien aus neun Bundesländern teil, darunter auch aus Sachsen. Die angesprochenen Probleme ähnelten sich: Mitgliederwerbung unter ehemaligen Abgeordneten, Aktivitäten in den Vereinigungen etc. Verein-

bart wurde, mindestens ein Treffen pro Jahr unter Federführung der VeMdB anzustreben.

Im Juni 2018 fand das 10. Kontakttreffen statt. Das Programm sah die Besichtigung der Baustelle des Berliner Schlosses vor. Am Nachmittag fand der obligatorische Erfahrungsaustausch statt, diesmal u. a. zur EU-Datenschutz-Grundverordnung. Am Abend war zum Sommerfest der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft (DPG) im Reichstagspräsidentenpalais geladen, wo über 1700 deutsche Parlamentarier zusammenkamen.

Der Termin der Kontakttreffen orientiert sich am Sommerfest der DPG. Vormittags findet jeweils ein interessanter Besuchstermin statt. 2017 feierte die VeMdB mit einem Festakt ihr 40-jähriges Bestehen. 2016 empfing uns die Staatsministerin für Kultur und Medien, Prof. Monika Grütters, zum Thema »Kulturbeziehungen zwischen Bund und Ländern« und 2015 fand eine Gesprächs- und Diskussionsrunde mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, statt. Ein aktuelles politisches Thema 2015 war die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs. Seitdem hat Berlin 2017 mit 2,17 Milliarden Euro einen Rekordüberschuss erzielt und wird 2018 1,2 Milliarden Euro erreichen.

Nachmittags gibt es stets eine interne Zusammenkunft, bei der zu aktuellen Themen diskutiert wird. 2017 stand der Parlamentarismus im Mittelpunkt, 2016 der Kulturföderalismus (Deutschland hat weltweit die höchste Theaterdichte) und 2015 ging es um das Thema »Flüchtlinge«, damals schon unter einer sich abzeichnenden Abkehr von der gelobten »Willkommenskultur« und der Verheißung »Wir schaffen das«.

Heute sind, ausgenommen Bremen und Brandenburg, überall Vereinigungen ehemaliger Landtagsmitglieder entstanden, und es hat sich ein reges Vereinsleben entwickelt. Sie folgen dem Auftrag, die demokratischen und persönlichen Bindungen zwischen den Mitgliedern überparteilich zu fördern und zu entwickeln sowie Raum zur politischen Streitkultur und für Diskussionen zu bieten. Der bundesweite Austausch ist für die parlamentarische Demokratie in Deutschland förderlich. Im September 2019 wird die sächsische Vereinigung der Ehemaligen mit Gästen aus allen deutschen Parlamenten ihr 25-jähriges Bestehen in Dresden feiern.

Zur Vereinigung der Ehemaligen siehe auch www.vemdl-sachsen.de



// 8. Kontakttreffen Juni 2015: Zusammenkunft mit Regierendem Bürgermeister von Berlin, Michael Müller; daneben Ingrid Matthäus-Maier, ehemalige Präsidentin der VeMdB e.V. // Quelle: VeMdB e.V.

Spurensucher und Juniordoktoren im Landtag



Foto: S. Giersch

// Vom 22. bis 23. November 2018 fanden im Sächsischen Landtag die 14. Jugendgeschichte tage statt, bei denen Kinder und Jugendliche aus dem gesamten Freistaat, die am Projekt »Spurensuche« teilnahmen, ihre Ergebnisse und Projekte vor zahlreichen Besucherinnen und Besuchern stolz präsentierten. Außerdem beteiligte sich der Sächsische Landtag erstmals am Juniordoktor: Am 29. November 2018 erhielten Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, sich einen Tag als Abgeordnete zu üben – inklusive Plenarsitzung, Debatten und Diskussionen. //

Auf Spurensuche in Sachsen

// Bei den 14. Jugendgeschichte Tagen am 22. und 23. November 2018 im Sächsischen Landtag tauschten sich Jugendliche über ihre Geschichtsforschung aus. //



Welche Spuren der letzten Jahrhunderte gibt es in meiner Region zu entdecken? Wie haben sich Menschen früher für meine Heimat engagiert? In diesem Jahr beteiligten sich 23 Jugendgruppen aus allen Teilen Sachsens am Programm »Spurensuche«. Sie haben Geschichte aufgespürt, die so in keinem Geschichtsbuch zu lesen ist. Sie durchforsteten Dokumente und sprachen mit Zeitzeugen, die ihnen Auskünfte gaben über eine Zeit, die sie selbst nicht miterlebt haben. Rund 200 junge Menschen haben in ihren Projekten ein Stück der Geschichte in ihrer Heimatregion aufleben lassen.

Die Jugendgeschichte tage setzen sich immer wieder mit wichtigen gesellschaftlichen Themen auseinander. Das aktuelle Spurensuche-Jahr widmete sich dem Thema »Frieden«. Angesichts der aktuellen globalen Auseinandersetzungen stellten sich die Fragen: Welche Friedensbemühungen gab es damals? Welche braucht es heute? Wie kann ein friedliches Miteinander gelingen? Und was können wir selber tun?

Aktiv Geschichte erleben

Der Auftakt der 14. Jugendgeschichte tage fand am 22. November 2018 in Form von Bildungsangeboten mit Workshops und Exkursionen statt. Auf dem Plan standen u. a.

Veranstaltungen mit der Gedenkstätte »Geschlossener Jugendwerkhof Torgau« oder ein Workshop zur Jugend in der DDR anhand eines Lernkoffers mit Stasi-Dokumenten, Fotos und Originalgegenständen. Außerdem fanden eine »Actionboundtour« (Schnitzeljagd), eine Führung durch die Sächsische Landes- und Universitätsbibliothek sowie der Besuch der Ausstellung »Rassismus – Die Erfindung von Menschenrassen« im Dresdner Hygienemuseum statt.

Der 23. November begann mit einem Improvisationstheater. Anschließend eröffneten Landtagspräsident Dr. Matthias Röbber, So-

zialministerin Barbara Klepsch und Andrea Büttner von der Sächsischen Jugendstiftung den Projektmarkt im Landtag. Der Landtagspräsident wies in seiner Begrüßung darauf hin, dass Frieden zu wahren, ihn herzustellen, nicht nur Aufgabe von Politikern sei, sondern Aufgabe eines jeden in unserer Gesellschaft.

Auf dem Projektmarkt präsentierten anschließend alle 23 Spurensuche-Projekte die Ergebnisse ihres achtmonatigen Engagements. Bei der Erforschung der vornehmlich kleinen, verborgenen Geschichten sind die Spurensucher auf Erstaunliches wie Skurriles gestoßen. Sie haben aber auch zu erschütternden Ereignissen und Einzelschicksalen aus dem Alltag von Menschen im Wandel der Zeiten recherchiert.

Fantasie hat keine Grenzen

Von Rochlitz über Ottendorf-Okrilla bis Weißwasser, von Grünhain-Beierfeld über Großpösna bis Leipzig, an vielen Orten haben sich die Spurensucher 100 Jahre nach Ende des Ersten Weltkriegs mal mehr, mal weniger eng am Leitthema »Frieden« orientiert. Dabei schufen sie mit viel Fleiß, Ehrgeiz und Fantasie tolle Ergebnisse. So entstand ein GPS-Stadtrundgang auf den Spuren von Stolpersteinen durch Chemnitz, der die Schicksale junger Menschen im



Fotos: T. Schlorke

Widerstand gegen den Nationalsozialismus aufarbeitet. Mit dem Rundgang kann man die Stadt anhand von historischen Ereignissen, Orten und Biografien neu erkunden oder von einer kritisch-historischen Perspektive aus kennenlernen.

Das Spurensuche-Team der Kufa Hoyerswerda begab sich in diesem Jahr zurück in



die Zeit der DDR. Am Beispiel dreier abgerissener Schulen in einem Neubaukomplex in Hoyerswerda erforschten sie das Schulleben zu dieser Zeit. Wie lernte es sich an den Schulen? Welche Freiheit hatten Lehrer in ihrer Unterrichtsgestaltung und welche Möglichkeiten hatten die Schüler, ihre Meinungen zu äußern? Um einen Einblick in diese Zeit zu erhalten, spürten sie Zeitzeugen auf, führten Interviews und analysierten Statistiken. Die Schüler suchten sich Schauspieler und versetzten sie in die Zeit um 1975. Hieraus entstanden kleine Film-



sequenzen, die in ihren Dokumentarfilm einfließen.

Ein weiteres Projekt beschäftigte sich mit den »Todesmärschen im Erzgebirge«. Am 13. April 1945 wurden die Außenlager Lengenfeld und Mülsen St. Micheln von den Deutschen angesichts des Vorrückens der amerikanischen Armee überstürzt aufgelöst. Die Häftlinge mussten die Lager verlassen und »marschierten in den Tod«. Die Idee zur Aufarbeitung des Themas kam den Schülerinnen und Schülern, da einer der Märsche einst direkt an ihrer Schule in Neustädtel vorbeiführte. Im Rahmen der Spurensuche fuhren und liefen sie selbst die Strecke ab und dokumentierten dabei ihre Eindrücke mit Bildern.

Aktion Rote Hand gegen Kindersoldaten

Im Rahmen der Jugendgeschichte tage wurde zudem durch die Aktion Rote Hand (www.aktionrothand.de) auf die Problematik der Kindersoldaten aufmerksam gemacht. Die

Rote Hand wird als das Symbol der ehemaligen Kindersoldaten dazu genutzt, um gegen die Rekrutierung und den Einsatz von Kindersoldaten zu protestieren. Mit den roten Händen soll gemeinsam mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ein deutliches Zeichen gegen diesen Missbrauch von Mädchen und Jungen gesetzt werden.

Hintergrund

Die Organisation der jährlichen Jugendgeschichte tage erfolgt über das Programm »Spurensuche« der Sächsischen Jugendstiftung in Kooperation mit dem Sächsischen Landtag unter der Schirmherrschaft des Landtagspräsidenten. Die Jugendgeschichte tage werden finanziell unterstützt durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz und im Rahmen des Landesprogramms »Welt-offenes Sachsen für Demokratie und Toleranz« gefördert.

Drei Gesetze in 25 Minuten

Juniordoktor im Sächsischen Landtag am 29. November 2018

Katja Ciesluk

// Die Premiere ist gelungen: Knapp 20 aufgeweckte Jungen und Mädchen schlüpfen am 29. November 2018 für gut 2,5 Stunden in die Rolle von Landtagsabgeordneten. Im Parlament spielten sie eine Plenarsitzung nach und diskutierten – unterstützt von »echten« Abgeordneten – eifrig Gesetzentwürfe zur Schulpolitik. Damit beteiligt sich der Landtag erstmals am Juniordoktor, einem Talente-Entwicklungsprogramm der Stadt Dresden. //



Sächsische Schulkinder bekommen ab sofort keine Hausaufgaben mehr auf, aber bei der Wahl ihrer Outfits haben sie weiterhin volle Freiheit, denn den Gesetzentwurf zur Einführung einer einheitlichen Schulkleidung lehnten die »Abgeordneten« ab. In den Fächern Sport, Musik und Kunst gibt es auch künftig Noten, da der Vorschlag, diese Bewertungen abzuschaffen, zwar viele, aber eben nicht die Mehrheit der Stimmen erhielt. Zumindest, wenn es nach Anny, Linna, Jakob und Co. geht, die bei der Premiere des Juniordoktors im Landtag nicht einmal 30 Minuten benötigten, um in ihrer Plenarsitzung über die drei Gesetzentwürfe zu beraten und schließlich abzustimmen.

Kleine Talente für Sachsen

Das ist natürlich nur mit guter Vorbereitung zu meistern. Zunächst hieß es, aufmerksam zuzuhören, um zu erfahren, wie eine Plenarsitzung abläuft und wie aus einer Idee am Ende ein Gesetz werden kann. »Wir sitzen ja wirklich auf den Plätzen von Abgeordneten«, staunten die Teilnehmer zu Beginn. Noch kurz erklärt, was eine gute Rede ausmacht und schon ging es los. In kleinen Gruppen suchten die Sechst- bis Achtklässler nach Argumenten, um den ihnen zugelassenen Gesetzentwurf zu begründen oder zu widerlegen. Parallel tüftelten sie emsig an ihren Landtagsreden. Tatkräftige Unterstützung erhielten sie dabei von den Abgeordneten Marco Böhme und René Jalaß (beide DIE LINKE), Thomas Baum und Harald Baumann-Hasske (beide SPD) sowie Dr. Rolf Weigand (AfD).

Die Stadt Dresden bietet mit dem Juniordoktor seit mehreren Jahren wissensdurstigen Kindern und Jugendlichen interessante Möglichkeiten, in Forschung, Kultur und Ingenieurwissenschaften hineinzuschmecken. Um zu zeigen, dass es auch in der Landespolitik viel Interessantes zu entdecken gibt, beteiligt sich der Sächsi-

sche Landtag in der aktuellen Staffel zum ersten Mal an dem Programm. Gesucht werden dabei keine Superstars, sondern aufgeweckte Talente für Sachsen. Wer sieben Veranstaltungen in einer Staffel besucht hat, qualifiziert sich für die feierliche Verleihung der Juniordoktorwürde mit Doktorhut und Urkunde. Die aktuelle Staffel endet am 14. Juni 2019 mit der »Dresdner Langen Nacht der Wissenschaften«.

Reden ist Gold ...

»Rede nicht wie ein Politiker, wir sind doch Kinder« ... »Beginn die Rede doch nicht so langweilig«, rangen die Juniordoktoren nach



dem richtigen Einstieg in ihre Reden. Vor allem diskutierten sie eifrig. Und das nicht nur über den Inhalt und die beste Präsentation, sondern auch über die Frage, wer für die Gruppe in der anschließenden Plenarsitzung sprechen darf. Am liebsten hätten fast alle Jungen und Mädchen selbst am Rednerpult gestanden und ihr Talent gezeigt. Das ging leider nicht, und so musste in mehreren Teams das Los über das Rederecht entscheiden.

Doch egal, ob am Rednerpult oder als aufmerksame Abgeordnete im Saalrund, die Debatte im Plenarsaal führten alle Juniordoktoren mit Leidenschaft, Souveränität und guten Argumenten. Es gäbe ein Kinderrecht auf Freizeit, behauptete z. B. Linna Schipke, und erntete reichlich Applaus. Statt Hausaufgaben aufzugeben sei es doch viel sinnvoller, eine zusätzliche Unterrichtsstunde einzuführen, in der das Gelernte gemeinsam mit den Lehrern gefestigt werden könnte. Bekämen Schüler zu viele Aufgaben mit nach Hause, bliebe ihnen am Schluss gar nichts anderes übrig, als diese bei ihren Klassenkameraden abzuschreiben. Ein Argument, das bei ihren jungen Landtagskollegen gut ankam und dem Gesetzentwurf die nötige Mehrheit bescherte.

Am Ende des Tages zeigten sich die Teilnehmer sehr zufrieden, und die Zeit verging wie im



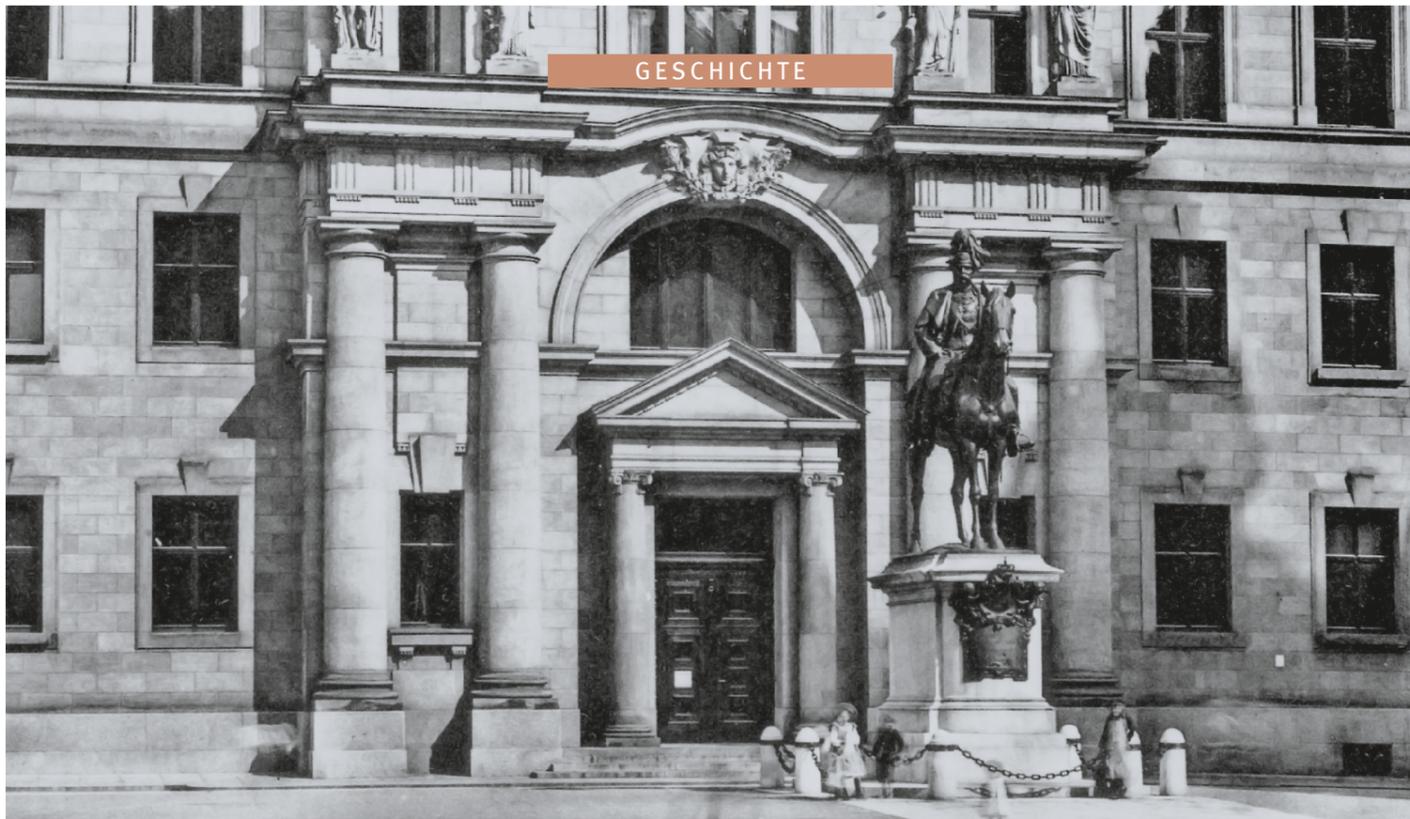
Fotos: S. Giersch

Flug. Felix Müller überlegte sogleich, ob er zur nächsten Veranstaltung noch einmal vorbeikommt. »Vielleicht klappt es ja dann, dass ich ans Rednerpult komme.«

Auf ein Neues

Für die nächste Juniordoktor-Veranstaltung im Sächsischen Landtag sind noch einige Plätze frei. Sie findet in den Winterferien statt, am 18. Februar 2019 um 9:30 Uhr. Anmelden können sich Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 6 bis 8 unter www.juniordoktor.de





// Ständehaus: Bis November 1918 Sitz des kgl.-sächs. Landtags, ab Februar 1919 Sitz der sächsischen Volkskammer // Quellen: Archiv Ö GRAFIK

»Demokratie heißt das ganze Volk«

Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Sachsen Ende 1918

Prof. Dr. Mike Schmeitzner

// Die Ausrufung der Republik Sachsen vor 100 Jahren markierte den Beginn der parlamentarischen Demokratie in Sachsen. Der Landtagskurier veröffentlicht in der Rubrik »Geschichte« einige Beiträge zu den damaligen Ereignissen, etwa zur Ausrufung der Republik, zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts oder über die Wahl zur Volkskammer 1919. //

Als am 13. November 1918 König Friedrich August III. dem Thron entsagte, schien der Weg in die Republik und in eine parlamentarische Demokratie vorgezeichnet. Bereits drei Tage vorher hatte der »vereinigte revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat« von Groß-Dresden Wahlen zu einem sächsischen Parlament nach allgemeinem, geheimem, gleichem und direktem Wahlrecht verkündet. Das alte Klassen- und Pluralwahlrecht der letzten Jahrzehnte war nunmehr Geschichte, ein neues Klassenwahlrecht nicht in Sicht. Oder vielleicht doch? Gewiss hatten sich die neuen Akteure der politischen Szene, die

Mehrheitssozialdemokraten, die linkspazifistische USPD und die organisatorisch noch nicht gefestigten Kommunisten, auf diesen Beschluss geeinigt. Doch war dies ein Kompromiss des Augenblicks. Die Vorstellungen der drei verschiedenen Akteure gingen in den folgenden Wochen teils weit auseinander. Denn eine der Kernfragen lautete jetzt: Wie halten wir es mit der neuen Institution der Arbeiter- und Soldatenräte (ASR), die sich gerade etablierten? Was folgte aber daraus für den Parlamentarismus, den sich zumindest der Dresdner ASR auf die Fahne geschrieben hatte? Die andere Kernfrage war: Wie halten wir

es eigentlich mit der Zukunft Sachsens als einem eigenständigen Staat? Auch darüber kam es schnell zum Streit der Linken. Noch im Laufe des Novembers 1918 äußerten sich alle drei Parteien der Linken recht unterschiedlich: Für die MSPD stand außer Frage, dass Deutschland in Zukunft nur mit einem demokratischen Wahlrecht regiert werden könne. Der größten Partei der Linken ging es auch weiterhin um die Demokratisierung und Parlamentarisierung auf allen Ebenen – im Reich, in Sachsen und in den Kommunen. Ein Wahlrecht nur für Arbeiter, wie es die ASR vorsahen, lehnte die Partei als neues Klassen-

wahlrecht ab. Dafür habe die Partei nicht jahrzehntelang gekämpft. Sie betrachtete die ASR nur als Übergangserscheinungen. Die USPD äußerte sich hingegen vielstimmiger: Die meisten ihrer Vertreter wollten den Parlamentarismus mit der Fortexistenz der ASR verbinden, denen außerdem ein Vetorecht eingeräumt werden sollte. Das aber musste den Parlamentarismus einschränken. Die Linksradikalen in Dresden und Chemnitz, prominent vertreten durch Otto Rühle und Fritz Heckert, wollten hingegen den Parlamentarismus durch die ASR komplett ersetzen. Nur Arbeiterräte als sozialistische

Klassenorgane schienen ihnen die Gewähr zu bieten, das Bürgertum politisch wie ökonomisch auszuschalten und auf diesem Wege die »Diktatur des Proletariats« zu realisieren.

Relativ rasch vermochte sich die am 15. November 1918 von MSPD und USPD paritätisch gebildete Revolutionsregierung auf die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Frauen und Männer auf kommunaler Ebene zu verständigen. Bereits am 28. November 1918 verabschiedete die Regierung, der u. a. Hermann Fleißner (USPD) und Georg Gradnauer (MSPD) angehörten, eine entsprechende Verordnung. Das Dresdner Organ der Linksradikalen, »Der Kommunist«, ereiferte sich darauf mit den Worten, hiermit »schaffen die Schergen des Kapitalismus, die Gradnauer und Fleißner dem Bürgertum Organe, mit denen es die A.- und S.-Räte erwürgen kann«. Doch die Haltung von MSPD und USPD war nur konsequent, existierten doch gerade einmal in 124 von 144 sächsischen Städten ASR; in ganz Sachsen aber gab es zur damaligen Zeit knapp 3 000 Gemeinden. Wollte man dort etwa nicht wählen lassen?

Größeres Konfliktpotenzial hielt die Frage bereit, wann und in welcher Weise die Sachsen ein eigenes Parlament wählen sollten. In der Proklamation der Beauftragten der ASR aus Leipzig, Chemnitz und Dresden vom 14. November 1918 tauchte die Forderung nach Wahlen zu einem sächsischen Parlament nicht mehr auf, weil Sachsen als Land zugunsten einer »einheitlichen sozialistischen Reichsrepublik« liquidiert werden sollte. Und auch im Regierungsprogramm des sächsischen »Rates der Volksbeauftragten« vom 18. November 1918 wurde nur eine gewundene Aussage über die »weitgehende Selbstverwaltung« von einzelnen »Teilgebieten« des Reiches aufgenommen. Die Forderung nach einer sächsischen Kon-

stituante fehlte auch hier. Die Einheitsstaatsvorstellungen der USPD sahen maßgebliche Vertreter der MSPD kritisch: Man könne – so die Argumentation von Georg Gradnauer und Emil Nitzsche – inmitten der Kriegsniederlage, der Demobilisierung der Truppen und der problematischen Versorgungslage nicht auch noch die kompletten Verwaltungsstrukturen ändern. Außerdem könne nicht über die Köpfe der Sachsen hinweg entschieden werden.

Zu einer Art Vorentscheidung kam es am 24. November 1918, als die MSPD bei den Wahlen zum Dresdner ASR ca. 90 Prozent der Stimmen und Mandate auf sich vereinigen konnte. Die USPD war der große Verlierer. Erstmals konnten an der Wahl auch Frauen teilnehmen, die – wie Ernestine Lutze (MSPD) – selbst in den ASR gewählt wurden. Für Lutze wie für andere Frauen war diese Wahl eine Art Sprungbrett für die Wahl in die



Prof. Dr. Mike Schmeitzner

geboren 1968 in Dresden, studierte an der TU Dresden Geschichte, Germanistik und Erziehungswissenschaften. Seit 1998 forscht er am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden zum Parlamentarismus im 19. und 20. Jahrhundert, zur Geschichte der SBZ und der frühen DDR sowie besonders zu Sachsen in der Weimarer Republik und unter den nachfolgenden beiden Diktaturen. // Foto: Ralf Ryter

Parlamentsvertretungen Anfang 1919. Nachdem in den Wochen darauf die MSPD auch die Wahlen zu den ASR in Chemnitz und Plauen gewonnen hatte, konnte sie es angehen, den Parlamentarismus auf Reichs- und Landesebene durchzusetzen. Unterstützung erhielt sie von den neu gegründeten Parteien des sächsischen Bürgertums, den Liberalen und Konservativen, sowie den gerade neu geschaffenen Bürgerräten.

Die Einführung des Parlamentarismus auf Reichsebene entschied sich vergleichsweise schnell: Die große Mehrheit des

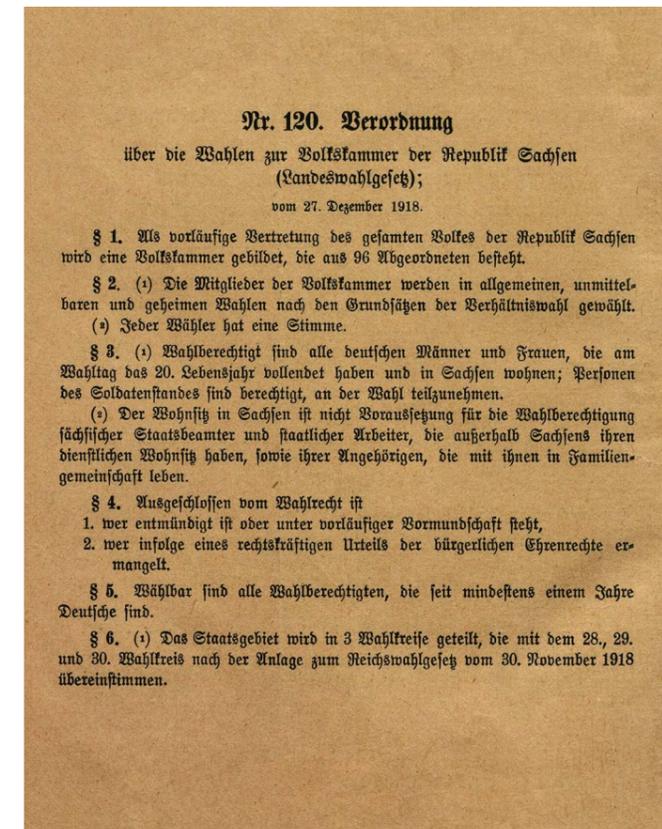
mehrheitssozialistisch dominierten Reichsrätekongresses in Berlin votierte Mitte Dezember 1918 für die Wahl einer Nationalversammlung und nicht für das Prinzip der Räteherrschaft. Die sächsische MSPD drängte jetzt in ihren regionalen Hochburgen und im Landesrat der ASR auf die schnellstmögliche Abhaltung von demokratischen Wahlen auch für die »Republik Sachsen«. Derart unter Druck gesetzt, entschied sich die sächsische Revolutionsregierung aus USPD und MSPD für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts am 27. Dezember 1918. In der Verordnung hieß es:

»§ 1. Als vorläufige Vertretung des gesamten Volkes der Republik Sachsen wird eine Volkskammer gebildet, die aus 96 Abgeordneten besteht.

§ 2. (1) Die Mitglieder der Volkskammer werden in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. (2) Jeder Wähler hat eine Stimme.

§ 3. (1) Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben und in Sachsen wohnen.«

Damit war endgültig der Weg in eine sächsische parlamentarische Demokratie gezeichnet worden. Nunmehr konnten alle wahlberechtigten Frauen und Männer auf demokratischer Basis eine Vertretung für alle sozialen Schichten der Bevölkerung wählen. Georg Gradnauer brachte das auf folgende Formel: »Demokratie heißt das ganze Volk.«



// Sächsisches Verordnungs- und Gesetzblatt vom 27. Dezember 1918

SERVICE

Antrittsbesuch der tschechischen Generalkonsulin

Am 20. November 2018 empfing Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller die Generalkonsulin der Tschechischen Republik, Dr. Markéta Meissnerová, im Ständehaus. Im Gespräch betonten sie die Erfolge der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Man stehe aber auch vor ähnlichen Herausforderungen wie dem Fachkräftemangel. Am Rande des Austauschs trug sich die Generalkonsulin in das Gästebuch des Sächsischen Landtags ein. // Fotos: S. Füssel



Sorbenräte von Sachsen und Brandenburg tagen gemeinsam

Zu einer gemeinsamen Tagung sind am 3. Dezember 2018 der Rat für sorbische Angelegenheit des Freistaates Sachsen sowie der Rat für sorbische/wendische Angelegenheiten des Landes Brandenburg im Sächsischen Landtag zusammengekommen. Die Gremien vertreten die Rechte der in ihrem Gebiet lebenden Sorben. Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller begrüßte die Mitglieder beider Sorbenräte. // Foto: J. Männel



Ausstellung zu 100 Jahre Frauenwahlrecht

Mit Marie Stritt, Louise Otto-Peters und weiteren Frauen der ersten Frauenbewegung weist Sachsen prominente Vertreterinnen auf, die sich vor über 100 Jahren für die Umsetzung gleichstellungspolitischer Forderungen wie z.B. des allgemeinen Wahlrechts für Frauen und Männer eingesetzt haben. Vom 15. Januar bis zum 21. Februar 2019 wird im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags die Ausstellung »100 Jahre Frauenwahlrecht« gezeigt. Die Ausstellung soll an diese Frauen erinnern sowie auf 100 Jahre Frauen in der sächsischen Politik aufmerksam machen.



www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshtml

www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx



Der Sächsische Landtag auf Twitter: twitter.com/sax_lt und auf Instagram: [instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

30. – 31.01.2019
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen finden wie folgt statt:
13. – 14.03.2019
10. – 11.04.2019
22. – 23.05.2019
03. – 04.07.2019

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf www.landtag.sachsen.de. Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt. Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen

auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen
CDU
Tel. 0351 493-5601
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AfD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Fraktionslose Abgeordnete
Tel. 0351 493-4284

Besucherdienst
Anmeldungen für die Besucherbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5132. Offene Führungstermine ohne Voranmeldung 2019: 08.02., 08.03., 12.04., 10.05., 14.06., 12.07., 09.08. (16 Uhr Bürgerfoyer)

Bürgerfoyer
Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag
von 10 bis 18 Uhr;
an Wochenenden und Feiertagen geschlossen.

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Publikationsbestellung und Leserbrief
Sächsischer Landtag
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133, publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbller vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Kevin Britschka, Katja Ciesluk, Thomas Gey, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 19.12.2018
Gastautoren: Markus Guffler, Sächsischer Landtag; Dr. Michael Lersow / Uta Windisch, Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Sächsischen Landtags, 01067 Dresden; Prof. Dr. Mike Schmeitzner, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismustorschung an der TU Dresden, 01069 Dresden | Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.